

Kampfzone Schule – eine Bilanz zum Lehrplan 21

Der Lehrplan 21 ist im Grossen und Ganzen gelungen. Viele Gegner kritisieren vor allem die fortschrittlichen Elemente des neuen Lehrplans

Von Christine Flitner

Der Bildungsbereich und insbesondere die obligatorische Schule werden mehr und mehr zu Kampfzonen für rechte Politik, die sekundiert von Reform-geplagten Lehrpersonen und verunsicherten Eltern in beängstigender Regelmässigkeit Angriffe auf die Schule startet. Unter ansprechenden Titeln wie „Starke Schule Baselland“ oder „Gute Schule St. Gallen“ wird mobil gemacht gegen die Volksschule.

Die Themen sind bekannt. Im Vordergrund stehen die Sprachenfrage, die Integration und allgemeiner der Lehrplan 21 sowie einige Detailfragen des Lehrplans, u.a. die Frage der Geschlechtergleichstellung und der Kompetenzbegriff. Weitere Themen in den vergangenen Jahren waren der Sexualekundeunterricht, die Frage der Notengebung, der Zeitpunkt der Selektion und am Rande auch die Fähigkeiten der Lehrpersonen. Worum geht es bei diesen Fragen und wo stehen die Auseinandersetzungen zurzeit?

Zunächst zum Stand der Umsetzung des Lehrplans:

Der Deutschschweizer Lehrplan 21 möchte im Anschluss an den Art. 62 der Bundesverfassung und das HarmoS-Konkordat von 2007 die Ziele der Schule harmonisieren. Er wurde im Herbst 2014 von den Deutschschweizer ErziehungsdirektorInnen freigegeben, seither haben die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Luzern und Obwalden Lehrpläne beschlossen und veröffentlicht, die auf dem Lehrplan 21 beruhen. In Basel-Stadt wird seit diesem Schuljahr damit gearbeitet. Beschlüsse gibt es ausserdem in sieben weiteren Kantonen, darunter auch solche, die den Beitritt zum HarmoS-Konkordat abgelehnt haben.¹ In einigen dieser Kantone gibt es politische Vorstösse oder Initiativen, welche die Einführung aufschieben oder verhindern sollen. Die Mehrheit der Kantone plant den Lehrplan ab Schuljahr 2017/ 2018 oder in den Folgejahren einzuführen.

Ein wichtiges Ziel der Harmonisierung, nämlich ein übereinstimmendes Vorgehen der Kantone beim Fremdsprachenunterricht, stand von Anfang an im heftigen Gegenwind. Wann und mit welcher Sprache der Sprachenunterricht in der Schule begonnen werden soll, führte zu heftigen Diskussionen und ist heute eines der wichtigsten Kampffelder.

In fünf Kantonen der Deutschschweiz (LU, SH, TH, ZG, ZH) kamen Volksinitiativen mit dem Titel «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» zustande. Die Initiativen wurden 2006 in vier Kantonen vom Stimmvolk abgelehnt und im Kanton Luzern von den Initianten (dem Luzerner LehrerInnenverein) zurückgezogen. Knapp zehn Jahre später sind in einer Reihe von Kantonen wieder vergleichbare Volksinitiativen zustande gekommen. In Nidwalden lehnte das Stimmvolk mit 61,7 Prozent Nein-Stimmen eine entsprechende Initiative im März 2015 ab. In St. Gallen und Graubünden wurden entsprechende Initiativen im Sommer für ungültig erklärt, ebenso in Luzern, wo die Initianten jetzt juristisch gegen den Entscheid vorgehen wollen. Auch in Zürich wurde inzwischen eine neue Initiative gestartet.

¹ Die Einführung beschlossen haben FR, NW, ZG, SH, TTG, SG und AA. Dem HarmoS-Konkordat beigetreten sind 15 Kantone, den Beitritt abgelehnt haben 7, nämlich LU, GR, TG, NW, UR, ZG und AR.

Diese Bilanz zeigt, dass mit den Fremdsprachen-Initiativen offenbar an den meisten Orten nichts zu erreichen ist.² Daher wurden in der Zwischenzeit in zahlreichen Kantonen Vorstösse oder Initiativen eingereicht, die den ganzen Lehrplan 21 zu Fall bringen sollen, beispielsweise in Schwyz, Aargau, Zürich, Bern, Luzern, St. Gallen, Solothurn, Zug und Thurgau. In Basel-Land wurde eine Volksinitiative für den Austritt aus HarmoS eingereicht.

Soweit die Fakten.

Doch worum geht es eigentlich?

Es lässt sich im Einzelnen sicher vieles am Lehrplan 21 kritisieren, und auch der VPOD hat im Vernehmlassungsprozess verschiedene Male Stellung genommen und auf Schwachstellen hingewiesen. Ein genauerer Blick auf die umstrittenen Themen in den aktuellen Bildungsdebatten zeigt aber, dass die Angriffe mehrheitlich von einer anti-emanzipatorischen Haltung getragen sind, welche den demokratischen Grundgedanken des Schweizer Volksschulsystems im Visier haben.

Die Begründungen der InitiantInnen sprechen für sich. So kritisieren die VertreterInnen von „Gute Schule Thurgau“ auf ihrem Flugblatt in schöner Offenheit: „Schon jüngste Schüler sollen sich weitgehend ‚selbstgesteuert beschäftigen, selbst entdecken, reflektieren und beurteilen‘“. Genau, möchte man sagen, Kinder sollen in der Schule lernen, selbst zu denken, und zwar von Anfang an. Dass die Schule schon junge Kinder zu eigener Reflektion und selbständigem Beurteilen führen soll, ist den GegnerInnen des Lehrplans offenbar ein Dorn im Auge.

Von „Umerziehung“ ist die Rede, von „Isolation“ der Kinder, welche in Zukunft von ihren Lehrern „im Stich gelassen“ werden und ähnliches mehr. Der Lehrplan setze „den jahrzehntelangen Versuch fort, unter dem Deckmantel pädagogischer Wissenschaftlichkeit Gesellschaftspolitik zu betreiben, indem die Haltung der Heranwachsenden in eine bestimmte Richtung gesteuert wird“, weiss das Aargauer Initiativkomitee. „Unhaltbare Einmischung in die Privatsphäre, ideologische Umpolungsabsicht, Verhaltensmanipulation“, heisst es beim entsprechenden Komitee des Kantons Schwyz.

Um die Ursachen für solche Polemiken zu verstehen, lohnt sich ein Blick in den Lehrplan, und man kann dort eine Menge erfreuliche Funde machen. Von engagierten Schülerinnen und Schülern ist da die Rede, welche die schulische Gemeinschaft mitgestalten, Normendiskussionen führen können, sich mit Geschlechterrollen und Vorurteilen auseinandersetzen, gegen Übergriffe wehren und über den sinnvollen Einsatz von Ressourcen nachdenken können (siehe Kästen). Schöne Visionen, mag man denken, von denen im Schulalltag möglicherweise nicht viel übrig bleibt. Dennoch zeugen sie von einem zutiefst demokratischen und Demokratie-bildenden Verständnis von Schule im Sinne einer Bildungsinstitution für freie, selbständige Bürgerinnen und Bürger. „Wenn die Menschen, die die Schule schon hinter sich haben, alles könnten, was in diesem Lehrplan steht, würde sich die Schweiz anders anfühlen – weltoffener, kompetenter, souveräner“, schrieb die WoZ bei Erscheinen des Lehrplans dazu.³

Das zu verhindern haben sich die Rechten mit ihren Angriffen aufs Bildungswesen aufs Schild geschrieben. Integration? Eine Schule für alle? Da wäre ja die Herkunft keine Garantie mehr für die Bildungslaufbahn. Sexualkundeunterricht? Das könnte ja zu selbstbestimmter Sexualität und Kritik an traditionellen Geschlechterrollen führen. Früher Fremdsprachenunterricht und zwei

² Nur im Thurgau sprach sich das Parlament für das Ende des Frühfranzösisch aus, und in Schaffhausen hiess der Kantonsrat ein Postulat gut, wonach nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet werden soll.

³ Susan Boos: Was muss Schule können?, in WoZ, 13.11.2014

Fremdsprachen für alle? Da könnte sich die Bildungsschicht ja nicht mehr durch Sprachkenntnisse abgrenzen.

Ein Hauptangriffspunkt in der Diskussion um den Lehrplan, auch von linker Seite, ist das Thema Kompetenzen. Der vieldeutige Begriff der Kompetenzen wird je nach Standpunkt unterschiedlich interpretiert. Für die einen drückt er ein Bildungsversprechen aus, bei dem statt festgeschriebener Bildungsinhalte die Fähigkeit zur Problemlösung und zum der kritische Umgang mit den Inhalten im Vordergrund steht. Für die anderen ist er der Kampfbegriff einer OECD-gesteuerten Bildungsbürokratie, welche Bildung auf Arbeitsmarktkonformität und messbare Fähigkeiten reduziert. Zweifellos ist die Rede von Kompetenzen anstelle von Lernzielen in der Folge der PISA-Studien in den Wortschatz der Bildungsmanager eingegangen, und die Reduktion der Bildung auf Arbeitsmarktfähigkeit wird von verschiedenen Kreisen immer aggressiver vertreten.

Ein Blick in den Lehrplan zeigt allerdings, dass Lernziele keineswegs, wie die GegnerInnen behaupten, über Bord geworfen oder dem Diktat der Wirtschaft unterstellt werden. Vielmehr wird angestrebt, dass die Schülerinnen und Schüler nicht nur wie bisher über das Basiswissen verfügen, sondern es auch sinnvoll anwenden und reflektieren können. Keine bahnbrechende Neuerung, würde man meinen, sondern ein Ziel, welches engagierte Lehrpersonen zumindest seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts auch schon verfolgt haben. Überhaupt entwerfen die Lehrplan-GegnerInnen (unter denen sich auch viele Lehrpersonen finden) ein trauriges Bild der heutigen Lehrerinnen und Lehrer als überforderte Erfüllungsgehilfen ohne eigenen Verstand, unfähig zu altersgerechtem Unterricht, ausserstande, Kindern Inhalte angemessen zu vermitteln.

Solche Angriffe lenken von der eigentlichen Herausforderung ab. Ob Kompetenzorientierung die Befähigung zu selbständiger Wissensverarbeitung meint oder Zurichtung auf den Arbeitsmarkt, entscheidet sich an der Frage von Notengebung und Bewertungen. Und hier bleiben der Lehrplan und die EDK auf halber Strecke stehen. Kompetenzen zeigen, wie weit jemand den Stoff verstanden hat und anwenden kann. Die Überprüfung von Kompetenzen kann nur das alleinige Ziel haben, dem Lernenden eine Rückmeldung zu geben und festzustellen, welchen Kompetenzzuwachs er erreicht hat und wo es eventuell eine Vertiefung oder Unterstützung braucht. Jede Benotung von Kompetenzen mit der damit verbundenen Idee der Selektion ist daher Unsinn und führt das System der Kompetenzorientierung ins Absurde bzw. entlarvt es als neue Worthülse für das überlieferte System der abfragbaren Lernziele.

Wer von Kompetenzen redet, müsste auch den nächsten Schritt gehen und die Beurteilungen durch Tests und Noten in der bisherigen Form abschaffen.

(Publiziert in *vpod-Bildungspolitik* Nr. 194, Dezember 2015)